Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Ahaus-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Ahaus: W. Wolsing. Werth: Th. Parr. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 217 | Montag, den 6. August | Jahrgang 1928

Das englisch-französische Flottenabkommen.

England in allen Streitfragen an Frankreichs Seite.

+ **London, 4. Aug.** Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt: Drei Tage französische Presseindiskretion haben bereits den deutlichen Eindruck erweckt, als wenn das Foreign Office und der Quai d'Orsay miteinander eine neue Entente Cordiale beschlossen hätten, die mindestens so wichtig ist, wie die von 1914 und vielleicht noch weitergeht. Die in der Pariser Presse über das englisch-französische Garantieabkommen geschriebenen Worte deuten auf eine Art Verschmelzung beider Flotten hin, wobei die an Einheitlichkeit, Schnelligkeit und Vorzüglichkeit der Bauart unvergleichlich leichte Kreuzerflotte Frankreichs die nicht so auf die kleinen spezialisierten britischen Seestreitkräfte ergänzen würden. Obgleich die Einzelheiten geheimgehalten werden, ist der allgemeine Charakter dieser neuen englisch-französischen Entente ausreichend klar. Daß sie sich nur auf die See bezieht, ist bereits ersichtlich. Es wird übereinstimmend gemeldet, daß in Zukunft die britische Delegation in Genf ihren Widerstand gegen die allgemeine Dienstpflicht und gegen die Weglassung der ausgebildeten Reserven bei Berechnung der Militärmacht aufgeben wird. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Entente sich über das ganze politische Gebiet erstrecken wird, und wie die Blätter bereits verkünden, wird Großbritannien in allen schwebenden Streitfragen an Frankreichs Seite stehen, nicht nur bezüglich der Rheinlandräumung, sondern auch in der Anschlußfrage usw. Dies ist der Grundton der Presse-Indiskretionen der letzten Tage. Der durch sie hervorgerufene Eindruck wird durch die Veröffentlichung des Wortlautes schwerlich beseitigt werden; denn es deutet darauf hin, daß neben und über diesem Wortlaut noch etwas besteht, etwas, was weitergeht als das, was von 1906 ab bestanden hatte und was damals nur einer Handvoll von Politikern und Generalstabsoffizieren bekannt gewesen war.

★

Ein Vorschlag für die Abrüstungskonferenz.

• **Rom, 4. Aug.** „Giornale d'Italia" meldet, daß die Mitteilung von dem Flottenabkommen zwischen England und Frankreich im hiesigen Außenministerium gestern eingetroffen ist. Der Text des Abkommens betreffe ausschließlich die Seeabrüstung. Wie es scheint, so schreibt das Blatt, beruht das Abkommen auf der Absicht, die Höchsttonnage für jede Seemacht festzusetzen; die Tonnage auf einzelne Schiffsklassen zu verteilen, bleibt den einzelnen Staaten überlassen. Vorläufig wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Die englische Note enthält einen Vorschlag, der als Grundlage für die Arbeiten der nächsten vorbereitenden Abrüstungskonferenz dienen soll. Die Beurteilung wird deshalb bis zu dieser Erörterung aufgeschoben werden.

★

Amerika und die Kreuzerbestückung.

Newyork, 4. Aug. Wie „Herald and Tribune" aus Washington meldet, habe die Note Chamberlains nicht den Text des englisch-französischen Abkommens, sondern nur ein Resumee enthalten. Die Note bringe nicht klar zum Ausdruck, was Frankreich und England als Basis für Verhandlungen über die Bestückung von Kreuzern vereinbart hätten. Falls England das Verlangen stelle, daß alle Kreuzer von weniger als 10 000 Tonnen sich auf sechs- und achtzöllige Geschütze beschränken sollten, und dann den Versuch machen sollte, die Tonnage der Kreuzer mit achtzölligen Geschützen weiter zu beschränken, so würden hierdurch amerikanische Interessen berührt. Staatssekretär Kellogg habe erklärt, er beabsichtige nicht, vor seiner Abreise nach Paris mit Präsident Colidge zu verhandeln. Keine Regierung habe ihn ersucht, irgend welche über die Unterzeichnung des Antikriegspaktes hinausgehende Fragen zu erörtern.

★

Spanien und der Kellogg-Pakt.

× **Madrid, 4. Aug.** Nach einer halbamtlichen an die Presse gegebenen Mitteilung wurde bis jetzt kein endgültiger Entschluß über die Reise Primo de Riveras nach Paris zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes gefaßt.

★

Das russische Doppelgesicht.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin, 5. August** (Drahtb.).

Die russischen Machthaber besitzen das ganz bewundernswerte Geschick, die Welt über ihre Pläne im Unklaren zu halten. Der bolschewistische Januskopf blickt zu gleicher Zeit nach dem Frieden und nach dem Kriege. Man kann aber nicht erkennen, wohin sich die Augen in freundlicher oder abweisender Form richten. So erklärte Bucharin auf dem in Moskau tagenden bolschewistischen Kongreß in seiner Eröffnungsrede, die große Weltrevolution könne erst nach einem großen Kriege zur Wirklichkeit werden, und ließ in seinen Worten unzweifelhaft durchblicken, daß Rußland auf den Krieg hinarbeite. Die Ausführungen jedoch, die Bucharin am Schluß der Debatte über seine große Propagandarede machte, gipfelte in der Bemerkung, der Sowjetstaat sei der friedlichste Staat der Welt. Dagegen hätten imperialistische Staaten unter der Maske von allen möglich pazifistischen Winkelzügen, wozu auch der Kellogg-Pakt gehöre, nur die Anwendung von Gewalt zur Erzielung von territorialen Gewinnen im Auge. Aus der Friedensliebe des Sowjetstaates erkläre sich der Ansturm der imperialistischen Staaten gegen ihn. Er (Bucharin) wolle durchaus nicht sagen, daß Revolutionen nur durch Kriege möglich seien.

Zu diesen recht sanft klingenden Bemerkungen paßt jedoch herzlich schlecht der Aufruf der Komintern, das heißt der bolschewistischen Parteiexekutive. Der Komintern erläßt nämlich gelegentlich des Jahrestages des Kriegsausbruchs an alle Arbeiter und Bauern der unterdrückten Bevölkerung der ganzen Welt einen Aufruf, der wie folgt schließt: „14 Jahre nach dem ersten großen Weltgemetzel, das die erste sozialistische Revolution hervorgerufen hat, ruft der Komintern die Bauern und Arbeiter aller Länder auf, sich vorzubereiten auf die Umwandlung des neuen kommenden Weltkrieges in die Weltrevolution."

Es könnten Wetten abgeschlossen werden, wem mehr Glauben zu schenken ist, der zweiten Rede Bucharins oder dem Aufruf des Komintern. Weiterhin ist noch unklar, wie die Sowjet-Union zum Kellogg-Pakt steht. Zunächst nahm man in Moskau eine abwartende Haltung ein. Nach den neuesten Meldungen soll jedoch die Sowjetregierung bereit sein, dem Pakt beizutreten, obwohl sie ihn für „unzureichend" ansehe. Vor einigen Tagen wurde der Kellogg-Pakt noch als „hochkapitalistischer Schwindel" gebrandmarkt. Doch selbst wenn Moskau den Kriegsächtungspakt unterzeichnen sollte, bleibt das russische Janusgesicht als Ausdruck vermeintlicher Friedensliebe und geheimen Kriegswillens.

Im brennenden Flugzeug über dem Meere.

Courtneys wunderbare Rettung.

London, 4. Aug. Ueber seine Fahrt im brennenden Flugzeug und seine Rettung durch den Dampfer „Minnewaska" gibt Courtney der Zeitung „Star" durch Funkentelegramme, die er von Bord dieses Dampfers gesandt hat, eine lebhafte Schilderung. Er beschreibt seine Erfahrungen als „vielleicht das schlimmste, was einem Flieger je zugestoßen ist".

„Als wir uns gerade," so führt er im „Star" aus, „in ungefähr 500 Meter Höhe befanden und ich mit unserem Mechaniker Fred Pierce ein Gespräch über unseren Motor führte, bemerkte ich plötzlich das Furchtbarste, was mir bisher in meiner ganzen Fliegerlaufbahn zu Gesicht gekommen ist: Unser Auspuffrohr, das bisher tadellos funktioniert hatte, war dunkelrot geworden. Gleichzeitig sah ich, daß unsere rückwärtige Maschine vollkommen in Flammen eingehüllt war. Eine Feuergarbe schoß wie eine Stichflamme weiter nach hinten zurück über den Sitz hinweg, der von unserem Passagier Elwood Hosmer eingenommen wurde. Wir versuchten unser bestes, das Feuer zu löschen. Als wir auf dem Wasser niedergegangen waren, war auch unser sämtliches Feuerlöschmaterial verbraucht. Das Feuer brannte 15 Minuten mit unverminderter Heftigkeit, und wir warteten auf die letzte große Explosion, die unser Flugzeug vollkommen zerstören sollte. — aber sie kam nicht.

Dann benutzten wir unsere Radioanlage, um die „Minnewaska" herbeizurufen. Auch versuchten wir, Rauchsignale aufsteigen zu lassen, doch dabei hätten wir bald ein weiteres Feuer verursacht. Verzweifelt warteten wir, und uns wurde schlecht, da wir von dem dauernden Rollen des Flugzeuges auf den schweren Wellen seekrank geworden waren. Auf einmal erklärte unser Funkbeamter Hugh Gilmour, daß er ein Schiff gesichtet hätte. Ich nannte ihn zuerst einen Lügner, aber schließlich wagte ich es doch, heraus zu klettern, um mich selbst von den Angaben Gilmours zu überzeugen. Und dann hatte ich den schönsten Anblick meines Lebens: Ein Dampfer, die „Minnewaska", unser Retter, hielt direkt auf uns zu.

In der Dunkelheit muß unsere Maschine wie ein großer roter Komet ausgesehen haben. Unsere Lage kam uns selbst ganz unmöglich vor. Es war wie ein Alpdruck. Noch jetzt kann ich mir gar nicht vorstellen, daß wir uns in einem brennenden Flugzeug mitten in der Nacht über dem Atlantischen Ozean befunden haben sollen. Alles was ich tat, nachdem mir zum Bewußtsein kam, in welcher furchtbaren Lage wir uns befanden, tat ich aus meinem Instinkt heraus, und dadurch sind wir wahrscheinlich gerettet worden. Es gelang mir, sofort mit einer einzigen großen Schleife nach unten zu gehen, und wir landeten überglücklich auf dem Rücken einer Welle."

★

Das seetüchtige Dornierflugzeug.

Entgegen den bisherigen Erfahrungen gelang es Courtney, 13 Stunden auf hoher See zu treiben. Man hat bisher noch nie von einer derartig langen Seefahrt eines Wasserflugzeuges gehört. Courtney glaubt seine Rettung unter anderm auch der Seetüchtigkeit seines Flugzeuges, eines deutschen Dornier-Wals (derselbe Typ, mit dem Amundsen und Ellsworth einen Nordpolflug machten), zuschreiben zu müssen. Er hat, wie das Wolffsche Telegraphenbüro meldet, an die Dornierwerke Friedrichshafen folgendes Telegramm gesandt: Flugzeug geriet um Mitternacht in Brand infolge Bruchs eines Benzinrohrs. Brennend in hoher See bei Nacht gelandet. Einzig der Dornier-Bauweise und ihrer Seetüchtigkeit verdanken wir unsere Rettung. Courtney.

★

Der mißglückte polnische Ozeanflug.

Von einem deutschen Dampfer gerettet.

+ **Warschau, 5. Aug.** (Meldung der polnischen Telegrafenagentur). Die beiden polnischen Flieger sind gestern um 16,40 Uhr amerikanischer Zeit über dem Atlantischen Ozean abgestürzt. Ihr Apparat ist vollständig vernichtet. Die Flieger wurden von dem deutschen Dampfer „Samos" der deutschen Levante-Linie gerettet. Sie befinden sich an Bord des Dampfers und sind gesund. Der Dampfer ist unterwegs nach dem portugiesischen Hafen Leixoes. — In einem bei der Direktion der deutschen Levate-Linie eingegangenen drahtlosen Telegramm des Kapitäns des Dampfers „Samos" vom 4. Aug. 16,48 Uhr wird die Rettung der beiden Polenflieger bestätigt. Sie wurden unter schwierigen Umständen an Bord genommen, sind aber unversehrt und werden in Leixoes gelandet werden. Das Flugzeug ist zerstört. Weitere Nachrichten liegen noch nicht vor.

Der mißglückte Flug hat in Warschau eine gewaltige Enttäuschung hervorgerufen, nachdem die Erwartungen der Oeffentlichkeit durch eine übermäßige Pressepropaganda vorher allzu stark gesteigert worden waren. Der polnische Funk, der während der beiden letzten Tage in kurzen Zeitabständen Berichte herausgab, in denen nur mitgeteilt wurde, daß noch keine Nachrichten vorlägen, hatte am Sonntag vormittag plötzlich jegliche Sendung eingestellt. Bereits am Sonnabend und Sonntag erschienen in der Stadt Extrablätter, obwohl noch überhaupt keine bestimmten Meldungen vorlagen, so daß sich der Bevölkerung bereits Befürchtungen und Besorgnis bemächtigten. Am Sonnabend traf dann um die Mittagsstunden die erste Nachricht über die Rettung der ins Meer gestürzten Flieger durch einen deutschen Dampfer ein, die durch Funk und kurz darauf erschienene Sonderausgaben verbreitet wurde. Die allgemeine Stimmung ist sehr gedrückt.

Eine schwere Unwetterkatastrophe in Süddeutschland.

Heimsuchung Bambergs.

× **Bamberg, 5. Aug.** In der Nacht zum Sonntag wurde Bamberg und Umgebung von einer Unwetterkatastrophe heimgesucht. Sie ist eine der furchtbarsten, die je in Deutschland vorgekommen ist. Mit furchtbarer Gewalt setzte am Spätabend des Sonnabends ein heftiger Sturm ein, begleitet von schwerem Gewitter. Innerhalb ganz kurzer Zeit waren sämtliche Anlagen, Gärtnereien und Felder, wie durch ein Artilleriefeuer verwüstet. Fast kein einziges Haus in der Stadt blieb unbeschädigt. Das Stadion wurde vollkommen zerstört. Die Verkaufsstände liegen gänzlich am Boden und bilden einen wüsten Trümmerhaufen. Bis jetzt wurden drei Schwerverletzte aus den Trümmern geborgen. Der Schaden beläuft sich auf über eine Million Mark. Sämtliche Eisenbahnstrecken sowie Fahrstraßen von Bamberg nach allen Richtungen sind gesperrt, da sämtliche Telegraphen- und Telephonmasten auf der Strecke Bamberg-Nord, -Süd -West, und -Ost vollständig umgeknickt sind. Die Reichsbahndirektion teilt mit, daß die Gestänge so über die Gleise geworfen wurden, daß beide Strecken der Doppelbahn lange Zeit gesperrt sein werden. Sämtliche Schnellzüge mußten über Bayreuth und Propstzella umgeleitet werden. Bei den Aufräumungsarbeiten leistete die Reichswehr, die Landespolizei und die Feuerwehr von Bamberg tatkräftige Hilfe. Ein Transformatorenhaus wurde abgedeckt und das Dach 30 Meter weit geschleudert. Verschiedene Gebäude wiesen derartige Schäden auf, daß sie niedergerissen werden mußten. Die Bestürzung unter der Bevölkerung war ungeheuer. Der in Urlaub weilende Oberbürgermeister wurde telephonisch zurückgerufen. Am Sonntag früh haben sofort Sammlungen eingesetzt, um den Geschädigten und Notleidenden die erste Hilfe zu bringen.

Die heruntergerissene Tarnkappe.

Die parlamentslose Zeit, die sich früher durch Berichte über mehr oder weniger große Seeschlangen kennzeichnete, wird in diesem Jahre durch den in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei ausgebrochenen Streit ausgefüllt, der jedoch nicht als reine Parteiangelegenheit angesprochen werden kann, sondern weit über die Grenzen der deutschnationalen Parteiorganisation hinausreicht. Die Vorgänge im deutschnationalen Lager werden natürlich mit geteilten Interessen empfunden. Es gibt politische Kreise, welche der Partei des Grafen Westarp, weil sie sich zu sehr zum Handlanger Hugenbergscher Sonderwünsche gemacht habe, den völligen Untergang wünschen. Andererseits wird jedoch darauf hingewiesen, es sei politisch kurzsichtig, wenn man einen solchen Wunsch hege. Denn zur Kontrolle der parlamentarischen Arbeit müsse auch eine Rechtsopposition vorhanden sein. Ohne uns mit diesen Meinungen näher zu befassen, müssen wir gestehen, daß es tatsächlich den Anschein hat, als wolle sich die Deutschnationale Volkspartei in ihre einzelnen Bestandteile auflösen. An allen Ecken und Enden werden Feuerchen sichtbar, die nur zu leicht zu einem zerstörenden Brand werden können, durch welchen die Partei vernichtet würde. Angestellte und Arbeiter wenden sich gegen die Parteileitung. Der ausgeschlossene Abgeordnete Lambach erhält sichtbar immer stärkeren Zuwachs an Gleichgesinnten.

Der Angestelltenausschuß des Wahlkreises Ostsachsen der Deutschnationalen Volkspartei nahm in seiner letzten Sitzung ausführlich zu dem Ausschluß des Abgeordneten Lambach aus der Partei Stellung. Alle Anwesenden waren entrüstet über dieses den Bestand der Partei gefährdende Vorgehen des Landesverbandes Potsdam und brachten dies in einer Entschließung zum Ausdruck, in der es u. a. heißt: „Die Verlautbarungen der Gegner Lambachs, also der Anhänger der Geistesrichtung Hugenberg-Bang, in der Presse lassen erkennen, daß die von Lambach zur Debatte gestellte Frage willkommenen Anlaß bot, gegen den Sozialpolitiker Lambach vorzugehen. Diese Gegner Lambachs haben schon so oft in ihrer Presse ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der von der Partei getriebenen Sozialpolitik Ausdruck gegeben, daß der Mantel, den sie heute ihrem Vorgehen gegen Lambach umhängen, außerordentlich fadenscheinig ist und Eingeweihte darunter leicht die klirrende Rüstung der „Herren im Hause"-Politiker erkennen können. Die Partei aber wird durch den Ausschluß Lambachs ihres Charakters einer Volkspartei entkleidet und zu einer Klassenpartei erniedrigt. Dagegen nehmen die versammelten Angestellten, die sich dabei mit weiten Kreisen der Partei einig wissen, entschieden Stellung. Die endgültige Entscheidung über den Fall Lambach liegt nun beim Parteigericht."

Auf welche Seite die „Deutsche Bergwerkszeitung" sich stellen würde, war von vornherein klar. Sie veröffentlicht eine offenbar aus dem Hugenbergschen Kreise stammende Zuschrift, in der es u. a. heißt:

„Vor einigen Wochen hat der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband eine große Beitragserhöhung beschlossen, die in seinen Reihen auf starke Widerstände stößt. Ablenkung ist nötig. Das ewige Anrempeln seiner Konkurrenz zieht nicht mehr. Also ein anderes Objekt. Was zieht besser als Radau in der Politik? Hugenberg der Kapitalist paßt famos. Ihn angreifen, heißt die Kaufmannsgehilfen von der Notwendigkeit höherer Kampfbeiträge überzeugen. Mit dem politischen Mantel wird alles umkleidet und die Sache klappt. Monarchie oder Republik sind Deckartikel für die große Aktion zur Beruhigung zahlungsunwilliger D. H. V.-Mitglieder. Lambach ist der beauftragte Säbelrasseler. Er macht gern in Konjunktur. Nach dem Unglück von 1918 war es Lambach, der den gestürzten Führern der Monarchie Steine nachwarf. Er nannte die alten Machthaber in seiner Broschüre „Ursachen des Zusammenbruchs", Verbrecher am Volke, und warf dem Kaiser wie Ludendorf und den sonstigen Verantwortlichen vor, daß durch ihr Versagen der Zusammenbruch kam. Mit dem Offizierkorps geht er damals schwer ins Gericht, und er wie sein Verband, der D. H. V., stellen sich in ihrer Presse auf die Terminologie des Marxismus ein. Als der Wind wieder mehr nach rechts drehte, wurde auch Lambach wieder ein lauter Monarchist, der sich in den Kreisen der 1918 Deposseedierten wohl fühlte, die er des Verrats und der Unfähigkeit geziehen hatte. Der Ruck nach links von den Mai-Wahlen beunruhigt ihn und läßt ihn Opposition machen. Irgendwelche Zielklarheit muß bei solchem Mann vergebens gesucht werden. Die Deutschnationale Volkspartei hat inzwischen scheinbar begriffen, daß auch zahlenmäßig nicht viel hinter Lambach steckt. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband dürfte mindestens vier Parteien beim Handel um Mandate erklären, daß hinter dem jeweils von ihm präsentierten Kandidaten der ganze Verband steht. Auf die Größe der D. H. V.-Wählermassen berufen sich Lambach bei der D. N. V., Thiel bei der D. V. P., Stöhr bei den Nationalsozialisten und Gehring beim Zentrum. Der maßgebende Führer des D. H. V. Hans Bechly, ist führend in der Volkspartei engagiert. In Wirklichkeit hat also keine der vier weltanschaulich grundverschiedenen Parteien größeren Vorteil von der in ihnen tätigen D. H. V.-Vertretern und den angeblich dahinter stehenden Kaufmannsgehilfenmassen. Keine Partei hat so auch Ursache, durch einen von D. H. V.-Agitatoren in ihr erzeugten Krawall einem derartigen Verband über Beitragskrisen hinwegzuhelfen. Bei Lichte betrachtet lohnt es garnicht, den Fall Lambach zu

einem wirklichen Fall zu machen. Die Welt täte besser, darüber zur Tagesordnung überzugehen."

Das scheinen die Deutschnationalen Handlungsgehülfen nun doch nicht zu beabsichtigen, wie aus ihren Kundgebungen hervorgeht. Auch der Gewerkschaftssekretär Lindner, deutschnationaler Abgeordneter im Preußischen Landtage, stellt sich in einem Artikel vorbehaltlos auf die Seite Lambachs. Und schon wird konstatiert, daß Herr Lindner sich „des schuldig macht, weswegen Lambach ausgeschlossen wurde", was wohl ein zarter Wink an die Parteigerichtsbarkeit ist, auch Herrn Lindner aus der Partei zu entfernen. Gegen Lindners Freund aber wettert der deutschnationale „Schnelldienst": „Herr Lambach hat ohne jede Rücksichtnahme auf die Grundsätze seiner Partei und ohne jede Fühlungnahme mit dem Parteivorstand, der ihm den zweiten Platz auf der Reichsliste eingeräumt hatte, die Brandfackel in die Zelte der Deutschnationalen geschleudert." Der von den Anhängern Lambachs geplante Gegenschlag, der den Ausschluß Hugenbergs zum Ziel hat, ist, wie der „Jungdeutsche" mitteilt, jetzt so weit organisiert, daß ein Ausschuß gebildet ist, der voraussichtlich in der nächsten Woche den Parteiinstanzen einen Antrag auf Ausschluß Hugenbergs aus der Partei zuleiten wird.

Der Kampf auf der ganzen Linie geht also unzweifelhaft lustig weiter. Dabei ist von Interesse, daß es nicht eine andere politische Partei ist, welche in den Existenzkampf der Deutschnationalen Volkspartei eingreift, sondern der Jungdeutsche Orden, dessen Organ „Der Jungdeutsche" klipp und klar sagt, der Jungdeutsche Orden habe seine ganze politische Arbeit darauf eingestellt, dieser (deutschnationalen) Organisation und ihren Führern die Tarnkappe vom Gesicht zu reißen. Der Zweck dieses Kampfes wird auch zugestanden. Der „Jungdeutsche" rechnet nämlich damit, daß die gesunden Volkskräfte aus der Deutschnationalen Volkspartei herausgehen und sich außerhalb der Partei, im Lager der Parteigegner und Antiparlamentarier als neue Stoßtruppen der Volksfront gegen ein undeutsches und überlebtes Staatssystem gruppieren werden. Mit anderen Worten: Genau das, was die Deutschnationale Volkspartei will, will der „Jungdeutsche" auch. Die Deutschnationalen möchten gern als anderes Staatssystem wieder die Monarchie. Der Jungdeutsche Orden schwärmt auch für ein anderes Staatssystem. Aber für welches?

Hermann Müller und Hugenberg.

Die Antwort, die Hermann Müller auf eine Anfrage „Soll Deutschland Kolonialpolitik treiben?" im Dezemberheft der Zeitschrift „Europäische Gespräche" gegeben hat, fiel bekanntlich negativ aus, und wendete sich nicht nur gegen eigene Kolonien Deutschlands, sondern auch gegen die Uebernahme eines Kolonialmandats. Das Deutsche Reich solle für seine Angehörigen in allen Kolonien und Mandatsgebieten die volle Gleichberechtigung mit den anderen Nationen fordern, damit ihm günstiger Rohstoffbezug gesichert ist. Jetzt regt sich die Rechtspresse über diese Antwort auf und fragt, ob etwa das Reichskabinett als Ganzes sich den Ausführungen des Reichskanzlers anschließe. Außerordentlich seltsam ist auch, daß die „Deutsche Kolonialgesellschaft" einen Kommentar schreibt, in dem die Gesellschaft ebenfalls die Frage aufwirft, ob etwa die Erklärungen Müllers als Regierungserklärung aufzufassen seien.

Man muß schon annehmen, daß sowohl bei der Rechtspresse wie bei der „Deutschen Kolonialgesellschaft" alle diejenigen sich auf Urlaub befinden, die die einschlägige Literatur über die Kolonialfragen beherrschen. Oder soll man es als eine unwahrhaftige Hetze um jeden Preis bezeichnen, wenn ein Teil der Rechtspresse erklärt, Reichskanzler Hermann Müller habe „soeben" die beanstandete Antwort erteilt?! Nicht als Reichskanzler hat Hermann Müller sie gegeben, sondern als sozialdemokratischer Politiker, nicht jetzt während seiner Amtstätigkeit, sondern bereits vor fast Dreivierteljahren. Die Deutschnationalen treiben offenbar in ihrer jetzigen prekären Lage einmal wieder Innenpolitik auf Kosten der Außenpolitik. National ist eine solche Politik nicht. Als Reichskanzler wird jedenfalls Hermann Müller Bedenken tragen, jetzt, wo gar kein Zwang dazu vorliegt, irgendwie das Deutsche Reich in der Frage der Kolonialpolitik festzulegen, vielmehr dürfte das Kabinett Müller in dieser Frage sich genau so zurückhalten, wie die bisherigen Reichsregierungen. Die Frage ob das Reichskabinett sich mit den Ausführungen Hermann Müllers identifiziere, ist daher völlig abwegig.

Ein besonderes Mißgeschick für die Rechtsblätter will es, daß in derselben Nummer der „Europäische Gespräche", in der Hermann Müller sich äußerte, eine Antwort Hugenbergs steht. Hugenberg hielt eine koloniale Betätigung für selbstverständlich, antwortete aber nur mit einem Satz, weil er der Auffassung ist, daß eine Erörterung der gestellten Fragen „nicht im richtig verstandenen Interesse unseres Volkes zu liegen scheine." Dieser Ansicht des Herrn Hugenberg kann man sich durchaus anschließen. Und die Blamage der Rechtspresse ist fertig!

Vor der Entscheidung über die Tariferhöhung.

() **Berlin**, 4. Aug. (Eig. Drahtb.) Das Reichsbahngericht ist, wie verlautet, zu seiner Konstituierung bereits zusammengetreten und hat sich auch schon mit der Materie beschäftigt. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Entscheidung des Reichsbahngerichtes über die Tariferhöhung noch im Laufe des Monats August erfolgen wird. Das Reichsbahngericht ist in seiner Beweiserhebung bekanntlich völlig frei. In der zweiten Augustwoche wird auch der vom Reichsverkehrsminister bestimmte Arbeitsausschuß zusammentreffen um die Methode seiner Arbeit festzulegen.

Deutsches Reich.

Dr. Wester Nachfolger des Abg. Hoffmann.

Overath, (Kreis Mülheim a. Rh.), 4. Aug. Der Oberbergische Bezirk hat jetzt wieder im Preußischen Landtag einen Abgeordneten, Dr. med. Wester (Overath), der lange Jahre dem Landtag angehörte, am 20. Mai aber nicht wiedergewählt wurde, ist jetzt durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Hoffmann (Bonn) in die Reihe der Abgeordneten wieder eingerückt. Dr. Wester hat sich erst nach reiflichem Ueberlegen entschlossen, das schwierige Amt im Interesse seiner Heimat und aller ihrer Wähler anzunehmen.

Besprechungen über das Schlichtungswesen.

:: **Berlin**, 4. Aug. Der Reichsarbeitsminister hat die Spitzenverbände der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer für Anfang Oktober zu einer Besprechung über ihre Erfahrungen und Wünsche auf dem Gebiete des Schlichtungswesens eingeladen.

Lehrgang für höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte.

+ **Berlin**, 4. Aug. Die deutsche Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, deren Vorsitzender Reichssparkommissar, Staatsminister Dr. h. c. Saemisch ist, veranstaltet ihren diesjährigen Herbstlehrgang für höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte unter Leitung von Professor Dr. Bernhard Harms-Kiel, vom 26. August bis 15. September in Bad Reichenhall in Oberbayern. Das endgültige Programm des Lehrganges, der das soziale und politische Leben im Deutschland der Gegenwart zur Darstellung bringen will, ist soeben herausgekommen.

Der italienisch-aethiopische Vertrag.

+ **Rom**, 4. Aug. Ras Tafari und der italienische Gesandte in Abbessinien, Cora, unterzeichneten in Addis Abeba außer dem italienisch-abessinischen Freundschafts- und Schiedsvertrag auch ein Straßenabkommen, das die Errichtung einer Freizone zwischen Aethiopien und Assab (Erythräa) sowie den Bau einer Fahrstraße zwischen Assab und der abbessinischen Grenze regelt. Die Unterzeichnung des Vertrages erfolgte im kaiserlichen Palast. Ras Tafari und Cora wechselten Trinksprüche, in denen die freundschaftlichen Beziehungen beider Länder betont und die weitere Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen empfohlen wurden.

Die rumänische Antwortnote an Rußland.

+ **Bukarest**, 4. Aug. Die rumänische Regierung sandte radiotelegraphisch an den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau folgende Antwort auf die Note Tschitscherins: „Das Verkehrsministerium ordnete den Verkauf einer gewissen Anzahl von Leichtern an, die als Kriegsbeute nach Rumänien kamen und durch Alter vollkommen unbrauchbar geworden sind. Unter diesen Booten befinden sich 17, die, zuerst russisch, später von den Oesterreichern erbeutet wurden und dann den Rumänen in die Hände fielen. Es handelt sich um ganz unbedeutende Fahrzeuge, kein Schleppdampfer oder größeres Schiff befindet sich darunter. Die durch den Verkauf dieser Boote erzielte Summe wird gerichtlich hinterlegt werden, um später den berechtigten Personen zur Verfügung gestellt zu werden. Wir zweifeln nicht, daß in Rußland die gleichen, dem Völkerrecht entsprechenden Schutzmaßnahmen zu Gunsten der rumänischen Güter angewendet werden." Die Antwort trägt die Unterschrift des interimistischen Ministers des Auswärtigen Argetoiano.

Die Fäden des Kriegsanleiheschwindels.

Ausgangspunkt Wien.

+ **Wien**, 4. Aug. Im Zusammenhang mit der deutschen Kriegsanleiheschwindelangelegenheit veröffentlicht am Samstag die „Stunde" Einzelheiten, aus denen hervorgeht, daß die Angelegenheit auf mehr als 1½ Jahre zurückgeht. Die Fäden führen nach dem genannten Blatte nach Wien, wo eine Anzeige schon im Oktober 1926 erstattet wurde. In dieser Zeit erschienen bei der Wiener deutschen Gesandtschaft ein Wiener Kaufmann, der Erkundigungen darüber einziehen wollte, wie es eigentlich mit dem Unterschied zwischen Alt- und Neubesitz der deutschen Kriegsanleihe bestellt sei, da ihm von befreundeter Seite nahegelegt worden sei, nach Möglichkeit Neubesitz zu erwerben, da er nach Durchführung gewisser geschäftlicher Maßnahmen in Altbesitz umgewandelt werden könnte, wobei mühelos ungeheure Summen verdient werden könnten. Die Auskunft, die dem Wiener Kaufmann bei der deutschen Gesandtschaft in Wien zuteil geworden sei, hätten ihn bestimmt, sich von dem Geschäft zurückzuziehen. Es seien ihm die einschlägigen Bestimmungen der deutschen Gesetze bekanntgemacht und gleichzeitig sei ihm bedeutet worden, daß diese Bestimmungen unter keinen Umständen umgangen werden könnten. Der Kaufmann habe einige Zeit später von der deutschen Gesandtschaft eine Vorladung erhalten, die die Unterhaltung mit dem deutschen Kaufmann nach Berlin weitergab, um zu erfahren, von welcher Seite er zu dem Geschäft angeregt worden sei. In der Folge habe der Kaufmann von der Berliner Untersuchungsbehörde mehrere Vorladungen erhalten. So sei er im Laufe der letzten 1½ Jahre mehreremale von führenden Persönlichkeiten der Berliner Polizei, der Staatsanwaltschaft und des Reichsfinanzministeriums vernommen worden, wobei Spuren aufgedeckt worden seien, die jetzt zur Enthüllung der Angelegenheit geführt hätten. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung sollen in die Schwindelangelegenheit neben deutschen Bankiers auch eine ganze Reihe von Bankiers aus Holland, der Schweiz, Frankreich und Polen und sogar aus Südamerika verwickelt sein. Von der Wiener Bankenwelt scheine nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis niemand bloßgestellt zu sein.

Kongreß „religiöser Sozialisten".

Ein unmögliches Beginnen.

Mannheim, 5. August.

Hier tagt zurzeit der 4. Kongreß der religiösen Sozialisten Deutschlands. Der Einfluß dieser Bewegung, die sich als eine Teilorganisation in der gesamtsozialistischen Bewegung bekennt, ist innerhalb der SPD. noch sehr gering. Man sieht die religiösen Sozialisten grundsätzlich bei den Führern der Partei nicht gern, gibt ihnen aber aus taktischen Gründen doch Raum. Daß sich die Gruppe einmal in der Partei durchsetzen wird, darf man doch stark bezweifeln. Nicht die Widerstände aus dem Lager der Freidenker allein werden dies zu verhindern suchen. Es fehlt den religiösen Sozialisten noch ein festumrissenes Programm, ihre grundsätzliche Einstellung ist noch so unklar und verworren, daß man dieser Bewegung noch keine Durchschlagskraft zusprechen kann.

Der hiesige sozialistische Pfarrer Eckert, der Leiter des Deutschen Bundes, gab in seiner Eröffnungsansprache zu, daß die Grundvoraussetzungen der Arbeit der religiösen Sozialisten noch nicht geklärt seien und daß sich die Taktik erst nach und nach ergeben werde. Interessant waren die Beschwerden der Bundesleitung beim Berliner Parteivorstand namentlich über

die feindselige Haltung der sozialistischen Presse,

deren Redaktionen ausschließlich von Freidenkern besetzt seien. Hochgradig seien die Beschwerden über die Haltung der KPD., die mit niedriger Gehässigkeit den Kampf führe. Trotz dieser Einstellung habe der Bund keinen Anlaß, von seinen Mitgliedern zu verlangen, Gegner der KPD. zu sein. „Wie die Freunde allerdings die Sache des bewaffneten Aufstandes und der Provokation mit ihrem christlichen Glauben vereinigen, das ist nicht Sache des Bundes, sondern jedes einzelnen." Ueber das Verhältnis zur evangelischen Kirche wurde gesagt, daß diese radikal Buße tun müsse, wenn sie die sozialistischen Arbeiter gewinnen wolle. Katholische Theologen hätten sich unverhältnismäßig eingenommen mit der Bewegung beschäftigt. In dieser Tatsache erblickt man irrtümlicherweise die Bekundung eines „Interesses" in der Hinsicht, daß man glaubt, nun auch einen Bund katholischer Sozialisten gründen zu sollen.

Die Nachmittagssitzung zeigte aber, wie außerordentlich schwierig ein solches Werk ist. Katholisch und sozialistisch sind eben zwei Begriffe, die nicht in Einklang miteinander zu bringen sind. Das Referat des als Arbeiter bezeichneten Otto Bauer-Wien war doch

eine große Enttäuschung

für denjenigen, der die Dinge tiefer angepackt sehen will. Bauers Referat bezeichnete als Ziel der Arbeit in erster Linie die Stärkung der sozialistischen Kampffront. Den Freidenkern will man keine Konkurrenz machen, sondern es gebe noch ein ungeheuer großes Reservoir im gläubigen Volke, das zu bearbeiten sei. In der Diskussion erklärte sich ein Berliner Redner für den politischen Sozialismus, machte aber eine wesentliche Einschränkung, die der Sozialismus unmöglich erfüllen wird, wenn er nicht eine grundlegende Reform durchmachen will. Der Redner verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß die Katholiken die Freiheit haben müßten, ihre kulturellen Forderungen innerhalb der sozialistischen Partei durchzusetzen! Mit Recht betonte sodann ein Altkatholik, daß er sich wundern müsse über die Harmlosigkeit, mit der man an den rocher de bronce der katholischen Kirche herantretenwolle. Er stellte an den Wiener Redner die Frage: Was ist es, was Euch an die katholische Kirche bindet, und was ist es, was Euch das Verbleiben im katholischen Lager wieder unerträglich macht? Er wies Bauer darauf hin, daß er sich

in schroffem Gegensatz zu katholischen Grundsätzen

gestellt habe. Weitere Fragestellungen schnitt nun mit auffallender Strenge der Vorsitzende ab und führte aus, daß er die Beantwortung dieser Fragen nicht zulassen würde. Diese gingen den Kongreß nichts an (!) und die Katholiken hätten diese Gewissensfragen mit sich selber auszumachen. Es wäre das Sprengpulver für die ganze Bewegung, wollte man derartige grundsätzliche Erörterungen hier pflegen. Der altkatholische Redner erwiderte, daß es doch zu überlegen sei, ob man so leichtfertig über diese tiefgehenden Schwierigkeiten hinweggehen sollte.

Der Vorsitzende brach dann die Verhandlung ab. Pfarrer Eckert stellte u. a. zum Schluß fest, daß man innerhalb des Gesamtbundes zwei Arbeitsgemeinschaften bilden wolle: eine evangelisch-protestantische und eine katholische. Zur Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften wie überhaupt zu einer Beschlußfassung ist es aber noch nicht gekommen.

Die bisherigen Verhandlungen haben in aller Deutlichkeit die von uns immer schon betonte

Unmöglichkeit einer Verbindung des Sozialismus mit dem Katholizismus

gezeigt, obschon einer tiefgründigen Behandlung dieses Problems auf dem Kongreß ausgewichen worden ist. Wenn diese Methode schon aus dem Munde eines Altkatholiken, der sich zum Sozialismus bekennt, als leichtfertig bezeichnet wird, so spricht das nicht für die Zukunft der Sache, die man gründen will, ohne sich nach der grundsätzlichen Seite hin über die innere Lebensmöglichkeit der Gründe klar zu sein.

Paris sichert sich gegen die Kommunisten.

+ **Paris**, 5. Aug. Wie „Liberté" berichtet, waren umfassende politische Sicherheitsmaßnahmen für heute zur Verhinderung der Abhaltung der verbotenen kommunistischen Kundgebungen geplant. „Temps" zufolge waren gestern mittag in den Fabriken in Paris zahlreiche Handzettel verteilt worden. Der stellvertretende kommunistische Bürgermeister in Ivry bei Paris hat sich, dem Blatt zufolge, geweigert, der Aufforderung des Präfekten nachzukommen und die Genehmigung zurückzuziehen, die er dem kommunistischen Jugendverband für die Abhaltung einer Kundgebung bewilligt hatte. „Liberté" will wissen, daß der Minister des Innern dem Bürgermeister die Polizeibefugnis entziehen werde, wobei eine spätere disziplinarische Bestrafung vorbehalten bleibt.

Mehrere kommunistische Bürgermeister anderer Vororte sollen sich mit der Haltung ihres Kollegen in Ivry solidarisch erklärt haben und durch Maueranschläge in ihrer Gemeinde die Achtung ihrer Rechte gefordert und Protest erhoben haben. In der vergangenen Nacht hat die Polizei in den gewöhnlich von ausländischen Kommunisten und Antarchisten bewohnten Hotels Razzien abgehalten und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Polizeipräfekt hat Weisung erteilt, daß jeder Ausländer, der an einer kommunistischen Kundgebung teilnimmt, sofort über die Grenze abgeschoben wird. Die republikanische Garde und die in Paris in Garnison liegenden Truppen werden an dem Ordnungsdienst teilnehmen. Das Flugzeug der Polizeipräfektur wird Beobachtungsflüge über Paris ausführen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Nettuno-Verträge vom Belgrader Parlamentsausschuß angenommen.

+ **Belgrad**, 5. Aug. Im Belgrader Parlamentsausschuß wurden am Sonntag die Nettuno-Verträge und Berner Konventionen unter dem Vorsitz des ehemaligen südslawischen Gesandten in Wien, Dr. Milan Mikoje-vitsch, durchberaten. Nach kurzer Aussprache wurden die Verträge mit Stimmenmehrheit angenommen.

Mussolini untersagt Herabsetzung der Arbeitslöhne.

× **Rom**, 3. August. In einem Rundschreiben, das Mussolini an die Präfekten und der Generalsekretär der Faschistischen Partei an die Provinzialverbände gerichtet haben, untersagen beide in bestimmter Form jede Herabsetzung der Arbeitslöhne.

Nobiles Heimkehr.

Im faschistischen Hauptquartier.

Rom, 4. Aug. General Nobile stattete heute im Hauptquartier der faschistischen Partei einen Besuch ab. Er wurde von den beiden Untersekretären der Partei empfangen, die ihm einen Blumenstrauß überreichten und ihn zum Generalsekretär der Partei Turati geleiteten. Dieser begrüßte den General auf das herzlichste und unterhielt sich längere Zeit mit ihm. Als Nobile in Gesellschaft einiger Parteifunktionäre das Haus verließ, wurde er von der Menge begeistert begrüßt.

Ein Brief Lundborgs an Nobile.

Rom, 4. Aug. „Giornale d'Italia" veröffentlicht einen von Lundborg an Nobile gerichteten Brief, in dem der schwedische Flieger an die Kommentare gewisser ausländischer Zeitungen über die Rettung Nobiles als ungerecht bedauert. Er wiederholt die in seinem Bericht enthaltenen Erklärungen, aus denen deutlich hervorgehe, daß ihm ausdrücklich befohlen worden war, Nobile zuerst zu retten. Trotzdem habe sich Nobile geweigert, dieser Forderung Folge zu leisten. Der Brief betont zum Schluß, daß Nobile sich erst durch die wiederholten Bitten Viglieris und aller Schiffbrüchigen des roten Zeltes bewegen ließ, als erster gerettet zu werden.

Mariano über Malmgreen.

Stockholm, 4. Aug. Wie „Dagens Nyheter" mitteilte, sagte Mariano in einem Gespräch u. a.: Ich habe die Polarforschung satt. Wir Italiener passen garnicht in Schnee und Eis. Wir waren hilflos im Vergleich zu Malmgreen, der ein mutiger und gescheiter Mann war. Er konnte Feuer machen mit zwei Holzstücken, Trinkwasser herstellen, Eisbären schießen. Schließlich waren Malmgreens Kräfte erschöpft und er bat uns, seinen erfrorenen Finger abzuschneiden. Er wollte sterben und beschwor uns, weiter zu gehen und uns zu retten. In Stockholm, wo Mariano im Krankenhaus liegt, erhoffen die Aerzte seine vollständige Heilung. Marianos Schwester ist in Stockholm eingetroffen und hat sich zu ihrem Bruder begeben.

Von Nah und Fern.

Zwei Arbeiter bei einem Kranzusammenstoß getötet.

× **Berlin**, 4. Aug. Im Betrieb der Firma Hein, Lehmann u. Co., Eisenkonstruktion, Brücken- und Signalbau in Reinickendorf wurden durch den Zusammenstoß zweier Kräne, mit denen eine große Last fortbewegt werden sollte, zwei Arbeiter so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. Anscheinend ist Unvorsichtigkeit bei der Handhabung der Kranmaschinerie die Ursache des Unfalls gewesen. Die Arbeiterschaft des Betriebes legte sofort die Arbeit nieder, die aber nach Mitteilung der Direktion am Montag wieder aufgenommen wird.

Schwere Bluttat.

= **Eisenach**, 4. Aug. Gestern abend wurde vor seiner Wohnung der Drogist und Autohändler Ernst Schwarze von dem 21 Jahre alten Arbeiter Schieck durch Revolverschüsse tödlich verletzt. Auch auf der Flucht bedrohte der Mörder seine Verfolger mit dem Revolver. Nachdem er noch den sich ihm entgegenstellenden Hausdiener Ernst Hesse durch einen Schuß verletzt hatte, konnte er überwältigt werden, da ihm die Munition ausgegangen war. Das Motiv zur Tat ist in einem Prozeß zu suchen, in dem der Stiefvater des Mörders gegen Schwarze unterlegen war.

Raubüberfall auf einen Kassenboten.

)(**Gießen**, 4. Aug. Der Kassenbote einer hiesigen Bank wurde am hellen Tage von zwei Männern überfallen, als er von der Reichsbank nach seiner Dienststelle zurückkehrte. Der eine der beiden Männer entriß ihm die beiden Aktentaschen, die er trug. Darauf sprangen beide Männer auf ein in der Nähe haltendes Auto zu. Der Kassenbote lief ihnen nach, und es gelang ihm, die eine Tasche wieder an sich zu reißen. Darauf hielt der zweite Verbrecher den Ueberfallenen mit einem Revolver solange in Schach, bis das Auto sich in Bewegung setzte und die Täter davonfahren konnten.

Sechzehn Familien durch Feuer obdachlos geworden.

• **Oberrosbach** (Oberhessen), 4. August. Heute nacht gegen 2 Uhr brach in einem zu Wohnzwecken benutzten Zechenhaus des ehemaligen Bergwerks Oberrosbach Feuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit über das ganze Gebäude ausbreitete, das bis auf die Grundmauern niederbrannte. Durch den Brand sind sechszehn Familien, durchweg arme, zum Teil arbeitslose Leute, die ihre ganze unversicherte Habe verloren haben, obdachlos geworden.

Tödlicher Absturz in eine Gletscherspalte.

Kandersteg, 4. Aug. Gestern stürzte auf dem Kanderfirn im Gasterental unterhalb der 2906 Meter hohen Mutthornhütte der 1895 in Aarburg geborene Maler Johan Dullinger in eine 30 Meter tiefe Gletscherspalte, in der er erfror. Die Partie bestand aus drei Personen, die die nicht ungefährliche Tour führerlos und ungeseilt ausführten. Beim Ueberspringen des Schrundes stürzte Dullinger rücklings ab. Er gab noch zwei Stunden lang Lebenszeichen, doch traf die Rettung zu spät ein.

Beraubung einer chinesischen Kaisergruft.

× **London**, 4. Aug. Reuter meldet aus Peking: Chinesische Zeitungen berichten von einer unerhörten Schändung einer Kaisergruft durch nordchinesische Truppen. Danach drangen in Schihsing in der Provinz Kwangtung Soldaten auf Befehl des Generals Tschujupu in die dortige Kaisergruft ein und raubten Juwelen und Kunstwerke im Werte von 4 bis 5 Millionen Pfund Sterling. Dreizehn Särge, darunter der des Kaisers Tschienlung, wurden aus der Gruft genommen. Der größte Teil des Raubes wurde in Tientsin verkauft. Aus der Gruft des Kaisers Tschienlung wurden u. a. vier Diademe geraubt, die ganz aus Smaragden angefertigt waren.

Ungewöhnliche Hitze in Italien.

Rom, 4. Aug. In zahlreichen italienischen Städten stieg das Thermometer am Freitag auf 39 Grad Celsius im Schatten. Die Wettervorhersagen sprechen von einem weiteren Ansteigen der Temperatur. Die große Hitze hält nun bereits seit Wochen an, sodaß sich die Meldungen über Hitzschläge häufen. Im Juli hatte der kühlste Tag noch 31 Grad Celsius Höchsttemperatur.

Erdstöße in Ligurien und Toskana.

◇ **Rom**, 4. Aug. In Ligurien und Toskana wurden heute früh und im Laufe der Nacht mehrere Erdstöße verspürt, von denen einige sehr stark waren. Die Bevölkerung stürzte in großem Schrecken auf die Straße. Es wurde kein nennenswerter Schaden angerichtet.

Orkan über Spanien.

:: **Madrid**, 4. Aug. Ueber große Teile Spaniens ging am Freitag ein Orkan hinweg, der überall großen Schaden anrichtete. Die Ernte hat stellenweise schwer gelitten. Die Telephon- und Eisenbahnverbindungen sind zum Teil unterbrochen.